

Peter Ruggenthaler
Stalins großer Bluff

**Schriftenreihe
der Vierteljahrshefte
für Zeitgeschichte
Band 95**

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin
herausgegeben von
Karl Dietrich Bracher Hans-Peter Schwarz
Horst Möller

Redaktion:
Johannes Hürter und Jürgen Zarusky

Stalins großer Bluff

Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten
der sowjetischen Führung

Herausgegeben und eingeleitet von
Peter Ruggenthaler

R. Oldenbourg Verlag München 2007

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2007 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung:

Thomas Rein, München und Daniel von Johnson, Hamburg

Bildnachweis: Demonstration der FDJ in Ost-Berlin anlässlich der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten vom 5.–19. August 1951; Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz/Jochen Moll

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).

Satz: Typodata GmbH, München

Druck und Bindung: Erdl Druck Medien GmbH & Co. KG,
83308 Trostberg

ISBN 978-3-486-58398-4
ISSN 0506-9408

Inhalt

Vorwort	7
Einleitung	11
I. Die Entstehungsgeschichte der Stalin-Note	23
Dokumente	46
II. Der österreichische „Kurzvertrag“ vom 13. März 1952 und die deutsche Frage	115
Dokumente	133
III. Zur sowjetischen Deutschlandpolitik nach der Stalin-Note	151
Dokumente	170
Dokumentenverzeichnis	229
Zeittafel	237
Abkürzungsverzeichnis	243
Quellen- und Literaturverzeichnis	245
Personenregister	251

Vorwort

Die vorliegende Studie zur sowjetischen Deutschland- und Österreichpolitik 1951/52 beruht auf bisher nicht zugänglichen Akten aus dem Bestand Wjačeslaw Molotows. Die bislang im Archiv des Präsidenten der Russischen Föderation (AP RF) verwahrten Aktenbestände wurden 2004 wieder geöffnet und dem Russischen Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte (RGASPI) übergeben.¹ Die Österreich betreffenden Akten konnten erstmalig für die im Jahr 2005 erschienene Publikation „Die Rote Armee in Österreich“ systematisch ausgewertet werden.² In den 1990er Jahren war der Bestand bereits zeitweilig zugänglich gewesen, allerdings nur für ausgewählte russische Forscher. Die Publikationen auf dieser Basis sind vor allem Natalija Egorovas Studie über die Einschätzung der NATO durch die stalinistische Führung³ und Michail Narinskijs Arbeit über die sowjetische Haltung zum Marshall-Plan.⁴ Für Analysen zur sowjetischen Deutschland-Politik 1951/52 wurde der Bestand damals nicht herangezogen.⁵ Die wichtigsten Arbeiten hierzu basieren auf Dokumenten aus dem Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation (AVP RF),⁶ also einer unteren Ebene nach Stalin, Molotov oder auch der Außenpolitischen Kommission des Politbüros. Freilich stand das Außenministerium mit den ihm übergeordneten Instanzen in schriftlichem Kontakt, weshalb auch Zeugnisse dieser in seinem Archiv liegen. Es oblag daher der analytischen Spurensuche, Ziele und Absichten der sowjetischen Deutschlandpolitik zu rekonstruieren, was den Historikern insofern zusätzlich erschwert wurde und nach wie vor erschwert wird, da die Findbücher im Archiv des Außenministeriums nicht zugänglich sind und sich der Forscher mit den ihm zur Verfügung gestellten, vorselektierten Akten zufriedengeben muss. Im Gegensatz dazu sind im Russischen Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte die Findbücher des Bestandes Molotows nunmehr fast zur Gänze einseh-

¹ Der Bestand trug im AP RF die Signatur f. [Bestand] 56, op. 1, und befindet sich nunmehr im RGASPI, f. 82, op. 2. Die Recherchen zu diesem Band wurden im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kunst der Republik Österreich geförderten Projektes „Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955“ im Jahr 2005 begonnen und am Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Geschichte-Cluster, durchgeführt.

² Karner/Stelzl-Marx (Hrsg.), Die Rote Armee in Österreich; Karner/Stelzl-Marx/Tschubarjan (Hrsg.), Die Rote Armee in Österreich. Dokumente.

³ Egorova, *Evropejskaja bezopasnost' i „ugroza“ NATO*. Die von ihr und in der Folge benutzten Quellen durften allerdings nur mit f. 82, ohne genauere Quellenangaben, zitiert werden.

⁴ Narinsky, *The Soviet Union and the Marshall-Plan*.

⁵ Vgl. dazu Volkow, *Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947–1952)*. Volkow kam nach seinen Arbeiten im Archiv des Präsidenten zu dem Schluss, dass man über die wahren Motive Stalins in der Deutschlandpolitik niemals Auskünfte finden würde, da entsprechende Dokumente „einfach nicht existieren“. Volkow, *Uzlovye problemy novejšej istorii stran Central'noj i Jugo-Vostočnoj Evropy*, S. 142. Volkow hatte allerdings lediglich die Protokolle der Unterredungen der SED-Führung mit Stalin und nur eine Akte im Molotov-Bestand (zu Jugoslawien) eingesehen.

⁶ Siehe hierzu v.a. die in diesem Band zitierten Arbeiten von Stein Bjørnstad, Aleksej Filitov, Vojtech Masny und Gerhard Wettig. Vereinzelt Dokumente aus dem AP RF werden zitiert in Loth, *Die Entstehung der „Stalin-Note“*, S. 59. Die meisten Arbeiten der letzten 15 Jahre schöpfen freilich auch aus dem Fundus des Zentralen Parteiarchivs der SED.

bar,⁷ was ein gezieltes Arbeiten ermöglicht. Hierbei zeigt sich, dass besonders im letzten Lebensjahr Stalins Molotov eine viel bedeutendere Rolle zukam, als bisher angenommen. Wohl alle wichtigen Schriftstücke liefen über seinen Schreibtisch.

Die sowjetischen Geheimdienste (der Minister für Staatssicherheit, MGB, Semen Ignat'ev, und der Apparat des „kleinen“ Informationskomitees (KI) beim Außenministerium der UdSSR, 1951/52 unter der Leitung des stellvertretenden Außenministers, Valerian Zorin, sowie Ivan Tugarinov, stellvertretender Vorsitzender, und des ehemaligen Sekretärs des Parteikomitees des KI, Aleksej Rumjancev)⁸ erstatteten Molotov direkt Bericht.⁹ Bis heute ist nach wie vor wenig über den Apparat des Informationskomitees bekannt. Seine eigenständige Existenz ist ab Oktober 1947 belegbar. Bis dahin oblag die sowjetische Auslandsspionage der Ersten Hauptabteilung des NKVD bzw. NKGB. Bis Januar 1949 unterstand das KI direkt dem Ministerrat der UdSSR, anschließend dem sowjetischen Außenministerium. Ab Ende 1951 oblag die Auslandsspionage schließlich nicht mehr dem KI, die Informationsbeschaffung selbst wurde dem MGB überantwortet.¹⁰ Damit verbunden war auch eine Personalrochade. Der stellvertretende Vorsitzende des KI, der brutale und skrupellose Protegé Berijas, Sergej Savčenko, wurde stellvertretender Minister für Staatssicherheit (MGB) unter Ignat'ev. Mit ihm wechselten weitere führende Mitarbeiter des KI zum MGB.¹¹ Das KI blieb jedoch weiter bestehen. Die verschiedenen Geheimdienste hatten ihm alle Informationen zu übermitteln, die es dann auswertete und analysierte. Das KI wiederum erstattete in erster Linie Stalin und den Politbüromitgliedern und vor allem Molotov Bericht. In regelmäßigen Abständen analysierten Zorin, Tugarinov und Rumjancev vor Molotov das internationale Geschehen. Die führenden Mitglieder des KI hatten nach Vladislav Zubok „beeindruckende analytische Fähigkeiten“.¹² Nach Stalins Tod stand der spätere sowjetische Außenminister Andrej Gromyko formell an der Spitze des KI. Nach den Erinnerungen der Überläufer Vladimir und Evdokija Petrov hätten das MGB und das KI „die Spionagearbeit in Frankreich als besonders angenehm empfunden [...]“. In der französischen Operationszentrale

⁷ Zu den vergleichsweise wenigen, nach wie vor gesperrten Dokumenten innerhalb der Deutschland-Akten siehe die entsprechenden Verweise in den Anmerkungen.

⁸ Tugarinov wurde am 12.1.1952 auf Vorschlag Zorins zum stellvertretenden Vorsitzenden des KI, Rumjancev, zum „Mitglied“ bestellt. RGASPI, f. 17, op. 162, d. 48, S. 12, Politbüro-Beschluss P 85 (249-op.) vom 12.1.1952. Vyšinskij nahm laut Gordiewsky und Andrew „kaum Anteil an den Angelegenheiten des KI“. Dies bestätigt sich auch anhand der in diesem Band abgedruckten Dokumente des KI. Siehe Andrew/Gordiewsky, KGB, S. 495.

⁹ Die in diesem Band abgedruckten und zitierten Rapporte des MGB und des KI stammen ausschließlich aus dem Sekretariat Molotovs. In der Folge werden im Verteiler lediglich jene Empfänger eigens angeführt, an die die entsprechenden Informationen auf Geheiß Molotovs ergingen. Die Berichterstattungen dürften mündlich erfolgt, mitprotokolliert und zusammengefasst worden sein. Die hier abgedruckten Berichterstattungen an Molotov ergingen, keinem schematischen Muster folgend, an Stalin, an Politbüromitglieder und an das Außenministerium. Die genauen Verteiler werden als Bestandteil der Dokumente selbst in diesem Band abgedruckt.

¹⁰ Kokurin/Petrov (Hrsg.), Ljubjanka, S. 226; Andrew/Gordiewsky, KGB, S. 494–496, 526 und 852.

¹¹ RGASPI, f. 17, op. 162, d. 48, S. 12, Politbüro-Beschluss P 85 (259-op.) vom 12.1.1952; ebd., S. 17, Politbüro-Beschluss P 85 (390-op.) vom 6.2.1952; ebd., S. 79, Politbüro-Beschluss P 85 (58) vom 11.3.1952. Ignat'ev hatte den Posten des Ministers für Staatssicherheit der UdSSR bis zu Stalins Tod inne, Savčenko bekleidete das Amt des stellvertretenden Ministers bis zum 17.3.1953. Kokurin/Petrov (Hrsg.), Ljubjanka, S. 266 und 287; Andrew/Gordiewsky, KGB, S. 495.

¹² Zubok, *Soviet Intelligence and the Cold War*, S. 454–456. Aleksej M. Rumjancev war von 1953 bis 1955 Leiter der Abteilung für Wirtschafts- und Geschichtswissenschaften und Hochschuleinrichtungen des ZK der KPdSU. Siehe Gorjačev, Central'nyj Komitet, S. 353f. Das KI wurde 1951 nicht aufgelöst. Vgl. Andrew/Mitrochin, *Das Schwarzbuch des KGB*, S. 211.

des KI lagen überall Papiere herum, die wie Fotokopien amtlicher französischer Dokumente aussahen.¹³ Die Infiltrationsagenten sollen nie enttarnt bzw. nie öffentlich identifiziert worden sein.¹⁴ In den 1950er Jahren war Frankreich „die produktivste Quelle geheimer Informationen über die westliche Politik gegenüber dem Ostblock“.¹⁵ Der bedeutendste Erfolg der sowjetischen Auslandsspionage in Paris war die Infiltration der französischen Geheimdienste, des Verteidigungsministeriums, des Marineministeriums und, wie vor allem in diesem Band aufgezeigt wird, des französischen Außenministeriums. Ein sowjetischer Agent im französischen Außenministerium trug den Decknamen „Isvekov“¹⁶ und blieb, wie es scheint, unerkant. In den Geheimdienstberichten, auf denen die vorliegende Studie zu einem großen Teil beruht, finden sich keine Decknamen. Lediglich in einem Bericht, der sich im Molotov-Bestand findet, nimmt der Minister für Staatssicherheit (MGB), Semen Ignat'ev, in einem Schreiben an Molotov auf „unsere Agenten“ Bezug.¹⁷

Molotov entschied in vermutlich sehr hohem Maß, wer welche Dokumente erhielt. Nur die wenigsten Geheimdienstberichte ergingen an alle Mitglieder der „Vos'mërka“ („Achterkollegium“, „Achtergruppe“).¹⁸ Stalin las aufgrund seines schlechten Gesundheitszustands kaum mehr alle Schriftstücke.¹⁹ Molotov soll nach geheimdienstlichen Informationen, vor allem nach Meldungen über Zwistigkeiten zwischen London und Washington in der deutschen Frage, geradezu begierig gewesen sein.²⁰ Im Herbst 1952 begann Molotovs Stern, wie bereits 1949, erneut abrupt zu sinken.²¹ Stalin bezeichnete ihn auf dem Parteitag der KPdSU überraschend als britischen Agenten. Zu diesem Zeitpunkt endet auch der Aktenbestand Molotov. Er setzt erst nach Stalins Tod wieder ein, als Molotov erneut das Amt des Außenministers übernahm.

In begrenztem Maße frei zugänglich ist auch das Findbuch des Bestandes Stalins, das ebenfalls vom Archiv des Präsidenten an das Russische Staatsarchiv für Sozial- und Politikgeschichte übergeben wurde.²² Bereits in den 1990er Jahren zeigte sich jedoch, dass viele Dokumente dieses Bestandes von geringerer Aussagekraft sind, da einerseits ca. 200, vor allem Schlüsseldokumente umfassende Faszikel nach wie vor der Geheimhaltung unterliegen und die deklassifizierten Akten in erster Linie bereits fertig ausgearbeitete Dokumente sind, die eine Analyse der Hintergründe über die Absichten und Ziele sowjetischer Politik kaum erlauben. Dies betrifft auch die stets „politisch korrekt“ verfassten Politbüro-Beschlüs-

¹³ Andrew/Gordiewsky, KGB, S. 526.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Ebd., S. 569.

¹⁶ Ebd., S. 568. Der bedeutendste „französische Maulwurf“ war Georges Pâques, nach dem Zweiten Weltkrieg als „chef de cabinet“ und Berater einiger französischer Minister tätig. Pâques hatte 20 Jahre lang als sowjetischer Agent gearbeitet. Andrew/Gordiewsky, KGB, S. 526. Zu den geheimdienstlichen Quellen des Kremls in London siehe Subok/Pleshakow, Der Kreml im Kalten Krieg, bes. S. 155–161.

¹⁷ RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1348, S. 175, Ignat'ev an Molotov, 12. 10. 1952.

¹⁸ Die „Vos'mërka“ ist als Synonym für die Führungsriege des Kremls 1951/52 zu verstehen. Im für diese Studie relevanten Zeitraum zählten neben Stalin hierzu Berija, Bulganin, Chruschtschow, Kaganovič, Malenkov, Mikojan und Molotov. Der Kreis der engsten Vertrauten Stalins änderte sich ständig. Zwischen 1945 und 1951 gab es auch Vierer-, Sechser- und Neunergruppen. O'Sullivan, „Cordon sanitaire“, S. 44–46.

¹⁹ Hierzu Zubok, Soviet Intelligence and the Cold War, S. 455f.

²⁰ Subok/Pleshakow, Der Kreml im Kalten Krieg, S. 160.

²¹ Siehe dazu genauer in der Einleitung.

²² Der Bestand trug im AP RF die Signatur f. 45, op. 1, und befindet sich nunmehr im RGASPI f. 558, op. 11.

se des ZK der VKP(b).²³ Von größerem Interesse und Sachgehalt sind die unter besonderer Geheimhaltung beschlossenen Politbüro-Beschlüsse, die in der „Sondermappe“ („osobaja papka“) abgelegt wurden, die seit kurzem benutzbar ist. Jedoch sind nicht alle Beschlüsse geöffnet worden. Die „Sondermappe“ wird im Lesesaal des Archivs lediglich als Kopie ausgehändigt. Der weiteren Geheimhaltung unterliegende Beschlüsse fanden in die kopierte Version keinen Eingang.²⁴ Im Hinblick auf die sowjetische Außenpolitik können sie in so wichtigen Fragen wie jener der sowjetischen Deutschlandpolitik kaum Aufschluss geben.²⁵

Die in diesem Band abgedruckten Dokumente wurden aus dem Russischen übersetzt. Für Hilfe bei der Entzifferung der mancherorts nur schwer lesbaren handschriftlichen Vermerke danke ich Elena Anderle-Schatz in Dornbirn und meinem Kollegen am Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung in Graz, Arno Wonisch. Besonderer Dank gebührt dem Institutsleiter, Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner, für die seit Jahren in unermüdlichem Einsatz zur Förderung junger Historiker erwiesene vielseitige Unterstützung. Ferner gilt mein Dank für kritische Lektüre und viele sachdienliche Hinweise meinen Institutskolleginnen und -kollegen Barbara Stelzl-Marx, Silke Stern, Wolfram Dornik, Peter Fritz, Walter Iber und Harald Knoll.

Für stets interessante Diskussionen und den vielfältigen Meinungsaustausch danke ich herzlich Ol'ga Pavlenko (Russische Staatliche Geisteswissenschaftliche Universität), Aleksej Filitov (Institut für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften), Nikita Petrov (Memorial), Michail Prozumensčikov (Russisches Staatsarchiv für Zeitgeschichte), Moskau, Günter Bischof (Center Austria der University of New Orleans), Bogdan Musial, Hannover, sowie Vladislav Zubok (Temple University Philadelphia). Des Weiteren danke ich für die Aufnahme der Publikation in die Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte den Herausgebern sowie Jürgen Zarusky und Angelika Reizle für die redaktionelle Bearbeitung. Größter Dank gilt dem Direktor des Russischen Staatsarchivs für Sozial- und Politikgeschichte, Kirill Anderson, und seinen Mitarbeiterinnen Marina Astachova und Elena Kirillova, ohne deren Unterstützung diese Publikation nicht möglich gewesen wäre.

Graz, im Januar 2007

Peter Ruggenthaler

²³ RGASPI, f. 17, op. 3.

²⁴ RGASPI, f. 17, op. 162. Anhand der gepflegten Praxis, die Politbüro-Beschlüsse nach Protokollen durchnummerieren, lässt sich mit Hilfe der publizierten Tagesordnungspunkte des Politbüros rekonstruieren, welche Politbüro-Beschlüsse nach wie vor nicht deklassifiziert wurden. Siehe dazu Adibekov/Anderson (Hrsg.), Politbjuro CK RKP(b)-VKP(b).

²⁵ In Bezug auf die Stalin-Note vom 10. März 1952 siehe hierzu bereits Karner/Ruggenthaler, Stalin und Österreich. Sowjetische Österreich-Politik 1938 bis 1953, S. 132.

Einleitung

„Wir haben eben schön langsam die DDR geschaffen, eben unser Deutschland. Wenn wir von dort alles rausgeholt hätten,¹ wie hätte dann ihr Volk auf uns geschaut? Die Amerikaner, Engländer und Franzosen haben Westdeutschland geholfen. Und wir holen es uns etwa bei jenen Deutschen, die mit uns arbeiten wollen? Das musste man sehr vorsichtig machen.“²

Schon während des Zweiten Weltkrieges hatten sich die Alliierten zum Ziel gesetzt, alle Anstrengungen zu unternehmen, um sicherzustellen, dass von Deutschland in der Zukunft keine Gefahr mehr ausgehen und der alte Kontinent vom „deutschen Militarismus“ kein weiteres Mal in einen Weltkrieg geführt werden könne. Es galt, einen künftigen deutschen Staat so zu schwächen, dass er nicht mehr in der Lage sein würde, seine europäischen Nachbarn zu bedrohen. Das wohl wichtigste Mittel zur Umsetzung der Pläne für eine dauerhafte Schwächung Nachkriegsdeutschlands stellten die Gebietsabtretungen dar. Ostpreußen wurde unter sowjetische bzw. polnische Verwaltung gestellt, ebenso Pommern und Schlesien. Das Saarland erhielt eine eigene Verwaltung unter französischem Protektorat. Der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich von 1938 wurde für null und nichtig erklärt, Österreich als unabhängiger Staat wiederhergestellt. Die Sudetengebiete wurden endgültig tschechoslowakisches Territorium. Auf der Konferenz in Potsdam verabschiedeten der sowjetische Diktator Stalin, US-Präsident Truman und die britischen Premierminister Churchill bzw. Attlee das Potsdamer Abkommen. Dieses forderte in seinen wichtigsten Bestimmungen die Beseitigung des deutschen Nationalismus und Militarismus, die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen, die Einsetzung eines Alliierten Kontrollrates und die Entnazifizierung des Landes.

Doch wie weit sollte die Schwächung Deutschlands gehen? Planten die Alliierten und insbesondere Stalin, auf dem Gebiet, das das künftige Staatsgebiet eines Nachkriegsdeutschlands umfassen sollte, sogar zwei deutsche Staaten zu gründen? Tatsächlich schmiedeten verschiedene Berater in den entsprechenden Gremien der Alliierten die unterschiedlichsten Pläne, die bis zu einer vollständigen Zerstückelung Deutschlands in viele Einzelstaaten reichten. Doch können aus Planungen wirklich Rückschlüsse auf die Ziele der Politik der jeweiligen Regierungen gezogen werden? Auch wenn man bereits in Moskau im November 1943 oder in Teheran Ende 1943 sogar konkrete Teilungsszenarien besprach?³ Wohl kaum. Daher können weder auf westlicher noch auf sowjetischer Seite Planungsdokumente aus den verschiedenen Abteilungen der jeweiligen Außenämter oder Beratungen der „Großen Drei“ untereinander Aufschluss darüber geben, ob die Teilung Deutschlands zum jeweiligen Zeitpunkt ein konkretes Ziel war oder nur dem Zweck diente, die Absichten der jeweils anderen Seite auszuloten. Auch wenn es derartige Zerstückelungspläne auch auf westlicher Seite gab, traten vor allem die Briten (das Foreign Office wandte sich generell stets gegen jegliche Teilungspläne) ab 1945 für eine kompromisslosere Haltung gegenüber der

¹ Gemeint sind Reparationszahlungen.

² Čuev, Molotov. Poluderzavnyj Vlastelin, S. 117, Molotov zu Čuev am 12.5.1976.

³ Steininger, Deutsche Geschichte, Bd. 1, S. 25–31.

Sowjetunion auf. Sie waren nicht mehr bereit, den Sowjets eine noch stärkere Position in Europa zuzugestehen. War man einst für Polen in den Krieg gezogen, um es aus den Händen Hitlers zu befreien, musste man in der polnischen Frage nunmehr kapitulieren. Polens Schicksal war besiegelt.

Erst vor wenigen Jahren ist dem russischen Historiker Aleksej Filitov der Nachweis gelungen, dass sich Stalin zwischen Ende Mai und Anfang Juli 1945, also vor der Potsdamer Konferenz, zur Sowjetisierung der DDR entschieden haben muss.⁴ Doch galt diese Prämisse in jeder Phase der beginnenden Ost-West-Konfrontation im frühen Kalten Krieg unter Stalin? Sowjetische Teilungspläne, die ab 1941 im Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten ausgearbeitet wurden, können indes nicht als Indiz dafür gelten, Stalin habe stets die Teilung Deutschlands angestrebt. Im Lichte der in diesem Band erstmals analysierten und abgedruckten Dokumente lässt sich zwar eine Kontinuität der sowjetischen Deutschlandpolitik erkennen, die bisher bekannten Dokumente über Teilungsszenarien aus dem sowjetischen auswärtigen Amt konnten jedoch nicht beweisen, dass die sowjetische Führung dieses Ziel bedingungslos bereits während des Zweiten Weltkrieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit verfolgte.⁵

Wie flexibel war Stalins Osteuropa- und insbesondere Deutschlandpolitik? War er bereit zu einem Ausgleich mit dem Westen? Stalins Außenpolitik hatte weder rein defensiven, ausschließlich auf die Sicherheit der UdSSR bedachten, noch rein offensiven Charakter mit dem Ziel der Verbreitung der Weltrevolution. Stalin hatte keinen „Masterplan“ zum Aufbau des Ostblocks, er hatte keine langfristige „maproad“, sondern er handelte nach taktischer Berechnung und nutzte mitunter einfach die Gunst der Stunde, wie dies, um es vorwegzunehmen, auch der „Notenkrieg“ 1952 eindeutig zeigt. Stalin entschied im gegebenen Augenblick nach den jeweiligen situationsbedingten Anforderungen. Er ging schrittweise und behutsam in der Umsetzung seiner Unterwerfungspolitik vor. Keinesfalls war er der „Totengräber“ der Weltrevolution.⁶ Wenn sich Stalin im Frühsommer 1945 endgültig für die Sowjetisierung der sowjetischen Besatzungszone entschied, so reiht sich diese Vorgangsweise in die Politik der forcierten Sowjetisierung Ostmitteleuropas nach 1945. Sicherheitspolitische Interessen der Sowjetunion, die mittels der Schaffung eines „Sicherheitsgürtels“, der Umkehrung des „cordon sanitaire“ der Zwischenkriegszeit befriedigt wurden, gingen Hand in Hand mit dem stets erstrebten, aber in den jeweiligen Situationen niemals bedingungslos riskierten Revolutionsexport und imperialistischer Stärkung der Sowjetmacht.⁷

Die weitere Vorgehensweise in der Deutschlandfrage war eine der Ursachen des sich verschärfenden Ost-West-Konfliktes, die deutsche Teilung die logische Folge der konträren Interessen der Großmächte. Nach dem Abschluss der Friedensverträge mit Finnland,

⁴ Filitov, *SSSR i germanskij vopros*, S. 231f.

⁵ Siehe hierzu den Diskurs in Kynin/Laufer (Hrsg.), *SSSR i germanskij vopros* bzw. u. a. die kritische Betrachtung Filitovs in Filitov, *Stalins Deutschlandplanung und -politik*, S. 49. Zur Kontinuität der sowjetischen Deutschlandpolitik siehe auch den guten Überblick bei Laufer, *Der Friedensvertrag mit Deutschland als Problem der sowjetischen Außenpolitik*.

⁶ Creuzberger/Görtemaker, *Das Problem der Gleichschaltung osteuropäischer Parteien im Vergleich*, S. 419–434; Mark, *Revolution by Degrees*.

⁷ Zubok und Plešakov prägten Mitte der 1990er Jahre den Terminus des „revolutionär-imperialen Paradigmas“ (Weltrevolution auf der Basis imperialistischer Politik durch Stärkung der Sowjetmacht). Zwischen der Förderung des Revolutionsexports und dem Aufbau eines mächtigen sowjetischen Imperiums aufgrund geopolitischer Sicherheitsinteressen bestand demnach kein Widerspruch. Siehe Zubok/Pleshakov, *Inside the Kremlin's Cold War*.

Italien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien in Paris 1947 vertieften sich die Widersprüche auf der Außenministerkonferenz in Moskau 1947 in der Deutschlandfrage immer mehr.⁸ In der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland wurden bereits 1945/46 erste Sowjetisierungsmaßnahmen eingeleitet.⁹ Großgrundbesitz wurde im Zuge der „Bodenreform“ entschädigungslos enteignet und neu verteilt, die SPD und die KPD wurden 1946 zur SED zwangsvereinigt. Die USA machten in der Folge die Zurückdrängung des Kommunismus auf der ganzen Welt zum obersten Prinzip ihrer Außenpolitik (Truman-Doktrin, März 1947), später stand sie unter offensiveren Prämissen, die Eindämmung (containment-policy) des Kommunismus wurde durch die aggressivere „roll-back“-Politik (zurückdrängen) verschärft. Die Amerikaner verkündeten den Marshall-Plan und schenkten Westdeutschland Wirtschaftshilfe in bisher nicht da gewesener Form. Die Westzonen wurden zusammengeschlossen und in der Folge eine wirtschaftliche Einheit. Der Alliierte Kontrollrat wurde aufgelöst, in den Westzonen die D-Mark eingeführt. Die Sowjets wiederum führten eine eigene Währungsreform in der SBZ durch. 1948 ließ Stalin Berlin von den Versorgungswegen aus dem Westen abschneiden. „Rosinenbomber“ versorgten mit Luftbrücken die Hauptstadt, die Blockade Berlins verlief aus sowjetischer Sicht erfolglos. Berlin wurde gespalten. Im April 1949 wurde die NATO gegründet, im Monat darauf die Bundesrepublik Deutschland. Im August 1949 fanden in Westdeutschland Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag statt. Konrad Adenauer wurde Bundeskanzler und bildete die erste Bundesregierung mit Sitz in Bonn. 1949 ließ Stalin auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland die DDR gründen, eine eigene Verfassung wurde in Kraft gesetzt. Inzwischen war die UdSSR zur Atommacht aufgestiegen, der Streit zwischen Stalin und Tito eskaliert, und die chinesischen Kommunisten hatten im Bürgerkrieg den Sieg davongetragen und die Volksrepublik China gegründet. In allen mittelost- und osteuropäischen Staaten hatten sich Volksdemokratien etabliert. Nach dem Coup d'état der Kommunisten in Prag 1948 befürchtete man in ganz Europa, von Norwegen bis Österreich, gewaltsame – oder wie im Falle Italiens möglicherweise sogar auf dem Wege über demokratische Wahlen – kommunistische Machtwechsel.

Nach dem Ausbruch des Korea-Krieges 1950 drängte Washington zunehmend auf eine Westintegration und Wiederbewaffnung Westdeutschlands („Remilitarisierung“). Einerseits bedingte der Korea-Krieg die Aufrüstung Westeuropas durch die USA, andererseits bot der Krieg im Fernen Osten Moskau die Möglichkeit, bei fortwährender Kriegsführung in Korea diese zu „behindern“. Der französische Ministerpräsident René Pleven schlug daraufhin die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vor. Adenauer betrieb entschlossen die kontinuierliche militärische und politische Westintegration Westdeutschlands. Von der immer stärker werdenden Neutralistenbewegung unter den Exponenten Gustav Heinemann, Helene Wessel, Bischof Martin Niemöller oder dem „Nauheimer Kreis“ unter Ulrich Noack in Westdeutschland gestartete Volksbefragungen und gegen die Wiederbewaffnung gerichtete Protestkundgebungen ließ Adenauer verbieten. Auf Protestkundgebungen kam es mitunter zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Neutralisierungsbefürwortern. Die Reise Niemöllers nach Moskau markierte einen der Höhepunkte der vom Kreml propagandistisch ausgenutzten Neutralisierungsbewegung

⁸ Zur Frage des Friedensvertrages auf der Außenministerkonferenz in Moskau siehe Laufer, Der Friedensvertrag mit Deutschland als Problem der sowjetischen Außenpolitik, S. 114.

⁹ Zur Sowjetisierung der Ostzone siehe neuerdings Petrov (Hrsg.), SVAG i nemeckie organy samopravlenija 1945–1949.

Westdeutschlands. Im März 1951 wurde das Besatzungsstatut der Westzonen revidiert, mit dem Generalvertrag (in sowjetischen Dokumenten „allgemeiner Vertrag“), den Adenauer „Deutschlandvertrag“ zu nennen pflegte, im Mai 1952 gänzlich aufgehoben.

Völlig konträr zu Deutschland verlief die Entwicklung in Österreich. Seit 1947 verhandelten die vier Mächte über einen Vertrag zur Wiederherstellung der Souveränität des Landes. Aufgrund der Moskauer Deklaration der Alliierten (Oktober 1943), die Österreich einerseits als erstes Opfer der Hitlerschen Aggression bezeichnet, andererseits aber auch die Mitverantwortung der Österreicher eingemahnt hatte, war Österreich ein Sonderfall. Aus der Sicht der Alliierten war Österreich weder Feind noch Freund (daher wurde nicht über einen Friedensvertrag verhandelt, sondern – völkerrechtlich korrekt – über einen Staatsvertrag). Österreich wurde wie Deutschland 1945 in vier Besatzungszonen geteilt. Im Gegensatz zu Deutschland fanden jedoch in ganz Österreich freie Wahlen statt (Dezember 1945). Bereits die provisorische Regierung unter Karl Renner, die noch vor Kriegsende im April 1945 zu arbeiten beginnen konnte, hatte ab 1946 nach innen große Handlungsfreiheiten. Im Zuge des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts verzögerten sich die Verhandlungen über den Staatsvertrag (und somit über den Truppenabzug der Alliierten aus Österreich). Nachdem die Sowjets die Verhandlungen Ende Oktober 1949 mit fadenscheinigen Begründungen abgebrochen hatten, hatte auch Österreich seinen Preis für die Eiszeit des Kalten Krieges zu zahlen. Die österreichische Frage stand in der Folge vollends im Schatten der deutschen. Nach über zwei Jahren Stillstand bereiteten die Westmächte Ende 1951 eine neue „Initiative“ in der Österreichfrage vor. Am 13. März 1952 unterbreiteten sie dem Kreml den sogenannten Kurzvertrag (auch „Räumungsprotokoll“ genannt), der jedoch ganz anderen als österreichischen Zwecken dienen sollte. Anhand der Österreichfrage wollte der Westen Stalins Bereitschaft testen, über Deutschland zu reden. Das „Angebot“ des Westens war allerdings so formuliert, dass der Kreml niemals zustimmen würde. Doch Stalin war indes selbst vorgeprescht und hatte den Westmächten am 10. März 1952 sein überraschendes „Angebot“ unterbreitet, über das Schicksal Deutschlands zu verhandeln.

Neue Erkenntnisse zur Stalin-Note

Mitten in die unverkennbar voranschreitende Westintegration Westdeutschlands übergab der Kreml am 10. März 1952 den diplomatischen Vertretern der Westmächte in Moskau wortgleiche Noten und den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland, das, so das sowjetische „Angebot“, als „einheitlicher Staat“ neutral werden sollte. Seit Jahrzehnten stritten und streiten sich Historiker, ob diese (erste von insgesamt vier) Stalin-Noten ernst gemeint oder lediglich eine Finte war. Lag es tatsächlich im Interesse Stalins, Deutschlands Einheit wiederherzustellen?

Aufgrund der Erfolge der sowjetischen Geheimdienste, die es, wie in diesem Band dokumentiert, vermochten, an internen Telegrammverkehr zwischen den französischen Botschaftern, Hohen Kommissaren und dem Quai d'Orsay in Paris sowie vereinzelt an Direktiven des State Departments in Washington an die diplomatischen Vertreter im Ausland zu gelangen, bzw. dank eines sowjetischen Agenten, der mit dem Leiter der Presseabteilung des französischen Außenministeriums in enger Beziehung stand,¹⁰ war der Kreml 1951/52 den Westmächten stets einen Schritt voraus. Nach den Erkenntnissen der Geheimdienste konn-

¹⁰ RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1348, S. 175, Ignat'ev an Molotov, 12. 10. 1952.

te die sowjetische Führung davon ausgehen, dass sich die Westmächte, allen voran die USA, nicht von der Westintegration der eben geschaffenen Bundesrepublik Deutschland abbringen lassen würden.¹¹ Somit bestätigt auch die Quintessenz der in diesem Band abgedruckten Geheimdienstberichte die vielzitierte Passage im Nachwort der Erinnerungen Vladimir Semenovs. Demzufolge konnte das „Neutralisierungsangebot“ an Deutschland aus der Sicht des Kremls kein Risiko sein, weil eben die Westmächte von ihren Plänen nicht abzubringen seien. Dies wusste man aufgrund der Erkenntnisse der sowjetischen Aufklärung. Semenov soll Stalin die Nichtannahme der sowjetischen Vorschläge durch die Westmächte garantiert haben, um ihn vom Gelingen der deutschlandpolitischen Propagandaaktion des Kremls zu überzeugen.¹²

Mit der Planung der Stalin-Note wurde über ein Jahr zuvor begonnen.¹³ Am 14. Februar 1951 berichteten der Chef der Sowjetischen Kontrollkommission, General Čujkov, und sein politischer Berater Vladimir Semenov, nach Moskau, Walter Ulbricht gehe von der planvollen Realisierung der Remilitarisierung Westdeutschlands durch die Amerikaner aus.¹⁴ Daraufhin empfahl Außenminister Andrej Vyšinskij dem im Politbüro für die Außenpolitik zuständigen Vjačeslav Molotov, die Bewegung der deutschen Neutralisten im Interesse der UdSSR zu nutzen, „weil sie die Verwirklichung der anglo-amerikanischen Pläne der Remilitarisierung Deutschlands erschwert“. Walter Ulbricht, so Vyšinskij, habe vorgeschlagen, die SED sollte nicht gegen die Befürworter einer Neutralisierung Deutschlands auftreten, „sondern versuchen, [...] mit ihnen einen gemeinsamen Kampf gegen die Remilitarisierung und gegen die Einbeziehung Westdeutschlands in das Nordatlantikkbündnis zu organisieren“. Ulbricht, so Vyšinskij weiter, denke „dass die Sowjetunion selbst in der einen oder anderen Form einen Vorschlag über die Neutralisierung Deutschlands mit dem Ziel der Entlarvung der amerikanischen Kriegshetzer“ einbringen sollte.¹⁵ Vyšinskij kam in seiner

¹¹ Vgl. Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow, S. 392 (Nachwort Kvizinskij).

¹² Nach den von Julij Kvizinskij überlieferten „Erinnerungen“ Semenovs sollen „viele Mitglieder des Politbüros [...] eine derartige Initiative der Sowjetunion für zu riskant“ gehalten haben. „Stalin gab dem Experiment schließlich seinen Segen, warnte aber, bei einem Misserfolg werde er die Schuldigen zur Verantwortung ziehen“. Ebd. In welcher Politbürositzung diese Diskussion stattgefunden haben soll, lässt sich anhand der Aktenbestände des Politbüros nicht belegen, da über die Sitzungen keine Protokolle geführt wurden. Semenov wird mancherorts eine große Handlungsfreiheit als sowjetischer „Statthalter“ in Ostberlin zugeschrieben. Doch dem war keineswegs so. Zwar fand er, wie im Band aufgezeigt wird, Gehör bei der sowjetischen Führung, doch hatte er sich freilich stets an alle Vorgaben und Direktiven zu halten. Mitunter wurde er für zu eigenständiges Auftreten in die Schranken gewiesen. Vgl. Semenovs selbständiges Vorgehen in den Verhandlungen um das Grenzdorf Steinstücken und die Zurechtweisung des Politbüros. RGASPI, f. 17, op. 162, d. 47, S. 7 und 87, Politbüro-Beschluss P 84 (145-op) vom 24. 10. 1951. Semenovs Aufgabe war es zwar, dem sowjetischen Außenministerium Bericht zu erstatten, jedoch kann Abteilungsleiter Gribanov kaum als sein Vorgesetzter bezeichnet werden. Siehe Loth, Die Sowjetunion und die deutsche Frage, S. 160. Loth vermutet, dass die entscheidende Politbürositzung Ende August stattgefunden haben muss, weil Semenov zu dieser Zeit in Moskau weilte. Siehe Loth, Die Sowjetunion und die deutsche Frage, S. 115. Das Besuchertagebuch Stalins weist lediglich ein Zusammentreffen Stalins mit Semenov für das Jahr 1951 aus. Demnach war Semenov am 28. 2. 1951 bei Stalin, also kurz nach der Empfehlung Ulbrichts, die UdSSR möge zu propagandistischen Zwecken einen Vorschlag über eine Neutralisierung Deutschlands einbringen; Posetiteli kremlovskogo kabineta I. V. Talina, in: Istoričeskij archiv 1998, Nr. 4, S. 159.

¹³ Hierzu bereits Wettig, Bereitschaft zu Einheit in Freiheit?, S. 205f.

¹⁴ Ersichtlich aus RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1333, S. 161–168, Bericht Gromykos über die Einstellung verschiedener Kreise Westdeutschlands, ebenso der Westmächte zur Frage über die Einführung der Wehrpflicht in Westdeutschland, 20. 2. 1951.

¹⁵ RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1182, S. 40–48, Vyšinskij an Molotov, 18. 2. 1951 (Dokument 3).

Analyse zu dem Schluss, dass die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf jeden Fall gegen eine Neutralisierung Deutschlands wären.¹⁶ Nunmehr beriet sich die SED-Führung mit Čujkov und Semenov über die weitere Vorgehensweise. Am 24. Februar 1951 empfahl Vyšinskijs Stellvertreter, Andrej Gromyko, schließlich Stalin, die mit der SED-Führung abgesprochene Vorgehensweise, sich an die Bonner Regierung und die vier Mächte zum Zwecke des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland zu wenden, um die Wiederbewaffnung Westdeutschlands zu erschweren, umzusetzen. Der Vorschlag wurde angenommen.

Es zeigt sich, dass wohl Walter Ulbricht die eigentliche „geistige Vaterschaft“ der Stalin-Note, das heißt, jener deutschlandpolitischen Strategie, der sich der Kreml 1951/52 bediente, zuzuschreiben ist. Ulbricht war klar, dass sich Washington von der „Remilitarisierung“ Westdeutschlands nicht abbringen ließ, und dies nutzte er zur Konsolidierung seiner eigenen Macht.¹⁷ Anfang März 1952 war schließlich der ideale Zeitpunkt gekommen, um den Höhepunkt in der ein Jahr zuvor eingeschlagenen Strategie zu setzen. Der stellvertretende Außenminister, Andrej Gromyko, empfahl Stalin, mit dem Neutralisierungsangebot für Deutschland würde die Sowjetunion „die Lage der drei Mächte und der Bonner Regierung noch mehr verkomplizieren“. Zudem sollte man, so Gromyko, der absehbaren Unterzeichnung des Generalvertrages, des separaten „Friedensvertrages“ der Westmächte mit Westdeutschland, zuvorkommen.¹⁸

Einige Historiker sind der Meinung, Stalin habe sich zur Abschottung der deutsch-deutschen Grenze und zum Aufbau einer Nationalarmee in der DDR erst zu dem Zeitpunkt entschieden, an dem klar wurde, dass die Westmächte die „Neutralisierungsoption“ des Kremls – in der Form der ersten Stalin-Note vom 10. März – ablehnten.¹⁹ Dies war wohl nicht der Fall. Bereits im Januar 1952 zeigte sich Molotov verwundert darüber, dass an der Demarkationslinie keine sowjetischen Truppen standen. Der Aufbau nationaler Streitkräfte in der DDR war keinesfalls eine Antwort auf die Wiederbewaffnung und Westintegration Westdeutschlands. Sie war von langer Hand geplant und wurde unter Anleitung des Kremls behutsam umgesetzt. Alle Schritte zur Einbeziehung der DDR in den Ostblock sollten als Gegenmaßnahmen zur Westintegration der Bundesrepublik erscheinen. Die unzureichende Quellenlage führte Historiker zu der Annahme, dass Stalin die SED-Führung während ihrer Reise nach Moskau Anfang April 1952 mit der Aufforderung überrascht hätte, forciert nationale Streitkräfte in der DDR aufzubauen. Die hier publizierten Dokumente zeigen nunmehr, dass gerade diese Frage ein zentrales Anliegen der SED-Führung darstellte, die sie mit Stalin besprechen wollte. Mit der Planung der Reise nach Moskau selbst

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Ulbricht verfolgte somit keinesfalls eine vermeintliche Obstruktionspolitik, die schließlich dazu führte, dass der von Stalin angeblich verfolgte Kurs in der sowjetischen Deutschlandpolitik auf ein einheitliches, im westlichen Verständnis demokratisches Deutschland „Schiffbruch erlitt“. Siehe Loth, Stalins ungeliebtes Kind. Vgl. auch die bei Uhl/Wagner (Hrsg.), Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer, dokumentierte Rolle Ulbrichts beim Bau der Berliner Mauer 1961. Die Idee, mit dem Vorschlag einer Neutralisierung Deutschlands aufzutreten, stammte ziemlich sicher aus Ostberlin und nicht aus Moskau, fand sich also nicht erstmalig in einem Memorandum Gribanovs vom 9. 7. 1951. Siehe Loth, Die Sowjetunion und die deutsche Frage, S. 162f. Dies unterstreicht auch, dass Gribanov eine ausführende und keinesfalls eine Initiativrolle zukam. Hierzu ebd., S. 159–161.

¹⁸ RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1170, S. 48–52, Gromyko an Molotov, 3. 3. 1952 (Dokument 48).

¹⁹ Steininger, Deutsche Geschichte, Bd. 2, S. 192–194; Loth, Die Sowjetunion und die deutsche Frage, S. 170f.

wurde bereits Monate zuvor zum Zwecke der Vorbereitung der II. Parteikonferenz der SED begonnen.²⁰

Der von den Westmächten am 13. März 1952 Moskau übermittelte Vorschlag des „Kurzvertrages“ in der Österreichfrage, der zufolge die Staatsvertragsverhandlungen von neuem begonnen werden sollten (mit dem Ziel, Österreich militärisch zu „räumen“), stand auf das Engste mit der deutschen Frage in Zusammenhang und war von Anfang an als reines Propagandamanöver der Westmächte konstruiert worden. Wie bereits einleitend erwähnt, kam Stalin den Westmächten mit ihren Noten zur Österreichfrage mit seinem „Angebot“ zu Deutschland drei Tage zuvor. Er wusste allerdings nicht, dass der Westen zeitgleich einen neuen Vorstoß zu Österreich plante. Dem MGB waren zwar die entsprechenden Vorbereitungen des Westens bekannt, der Geheimdienstchef berichtete allerdings davon kein Wort Molotov und Stalin, was sich aus den Analysen der Berichte beweisen lässt. Der Propagandaschachzug des Westens hatte keinen Einfluss auf den Zeitpunkt der Übermittlung der Stalin-Note. Auch im Konnex der sowjetischen Österreich- und Deutschlandpolitik kristallisiert sich nunmehr auf der Basis neu erschlossener sowjetischer Dokumente immer deutlicher heraus, dass die Stalin-Note vom 10. März 1952 und das sowjetische „Angebot“ eines Friedensvertrages für Deutschland, verbunden mit der vermeintlich verlockenden Aussicht auf Neutralisierung des Landes zwischen Ost und West, nicht ernst gemeint waren. Anhand von Österreich hätte sich für den Kreml die Möglichkeit ergeben, seinen guten Willen in der Deutschlandfrage an den Tag zu legen und mit einem Entgegenkommen zu untermauern. Stalin konnte jedoch Österreich Anfang 1952 nicht „neutralisieren“. Österreich durfte zu keinem Modellfall werden, man durfte, so Vyšinskij an Stalin, „die Aufmerksamkeit der deutschen Frage nicht schwächen“. Die Option einer Neutralisierung Österreichs ergab sich erst nach der Konsolidierung der DDR. Erst die endgültige deutsche Teilung ermöglichte Österreich den Weg in die Neutralität – und hierzu bedurfte es nicht, wie meistens angenommen, des Todes Stalins 1953. Eine Teilung Österreichs stand aus sowjetischer Sicht nie zur Debatte, sie wäre schlussendlich einer Stärkung (West-)Deutschlands gleichgekommen. Und das galt es aus der Sicht Moskaus stets zu verhindern.

Zum Stand der Forschung

Die Entwicklung der weit verzweigten Historiographie zur Stalin-Note vom 10. März kann hier nicht im Detail gewürdigt werden. Besonders in der deutschen Historiographie wird unter Historikern über die „Notenschlacht“ 1952 eine regelrechte „Fußnotenschlacht“ geführt. Verwiesen sei an dieser Stelle auf den nach wie vor gültigen Forschungsüberblick von Jürgen Zarusky²¹ und den 2005 von Dominik Geppert und Udo Wengst herausgegebenen Beitragsband „Neutralität – Chance oder Chimäre?“.²² Nachdem Hermann Graml, Hans-Peter Schwarz und Gerhard Wettig bereits Anfang der 1980er Jahre nicht nur auf der Basis einer „Verbalanalyse“²³, sondern unter erstmaliger Auswertung amerikanischer Quellen

²⁰ RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1185, S. 48–50, Grigor'jan an Stalin, 13. 2. 1952 (Dokument 35); ebd., d. 1182, S. 94, Gromyko an Molotov, 9. 2. 1952 (Dokument 76); ebd., d. 1170, S. 123, Semenov und Smirnov an Molotov, 31. 3. 1952 (Dokument 91).

²¹ Zarusky, Einführung.

²² Geppert/Wengst (Hrsg.), *Neutralität – Chance oder Chimäre?*

²³ Siehe hierzu den Überblick bei Wettig, *Die Stalin-Note vom 10. März 1952 als geschichtswissenschaftliches Problem*, S. 159.

zum Schluss gekommen waren, dass die Stalin-Note nicht ernst gemeint sein konnte, lieferte der in den USA lehrende österreichische Historiker Günter Bischof 1991 bereits vor der teilweisen Öffnung der sowjetischen Archive die wohl stichhaltigsten Schlussfolgerungen. Auf der Basis amerikanischer Akten legte er mit einem Vergleich der sowjetischen Deutschland- und Österreichpolitik 1952 überzeugend dar, dass das „Neutralisierungsangebot“ an Deutschland ein Propagandaschachzug des Kremls war, der gleichzeitig zur Österreichfrage beharrlich schwieg.²⁴ Gerhard Wettig wertete 1993 erstmals Akten des russischen Außenministeriums aus und kam zu dem Schluss, dass es sich bei der Stalin-Note um ein Manöver Moskaus handelte, um die westdeutsche Bevölkerung gegen die Regierung Adenauers aufzuwiegeln.²⁵ Vojtech Mastny erkannte im Lichte der stetigen NATO-Erweiterung 1952 durchaus Kompromissbereitschaft des Kremls gegenüber dem Westen, wohl kaum jedoch in der Deutschland-Frage. Die Stalin-Note sah er fälschlicherweise als Reaktion auf die am 14. September 1951 auf der Konferenz der Außenminister in Washington verkündeten Absicht, das Besatzungsregime in Westdeutschland zu erleichtern und Bonn in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu integrieren.²⁶ Auf der bisher breitesten Quellenbasis zog der norwegische Historiker Stein Bjørnstad nach intensiven Studien im Archiv des russischen Außenministeriums Mitte der 1990er Jahre den Schluss, Moskau hätte selbst nicht gewusst, ob seine Initiative als ernsthaftes Verhandlungsangebot oder als Propagandaschachzug genutzt werden sollte.²⁷ Aleksej Filitov hingegen vertritt die Ansicht, dass die Stalin-Note(n) ein Mittel zur Konsolidierung des Ostblocks war, das letztlich auch – aus sowjetischer Sicht – zum Erfolg führte.²⁸ Filitov hat auch, wie eingangs erwähnt, nachgewiesen, dass sich Stalin zur Sowjetisierung der DDR bereits zwischen Ende Mai und Anfang Juli 1945, also vor der Potsdamer Konferenz, entschieden haben muss.²⁹ Norman Naimark kam in seiner Studie über die Geschichte der SBZ zu dem Schluss, die Sowjets hätten nach dem Einmarsch in Deutschland keine langfristigen Ziele ins Auge gefasst. Die Sowjets hätten durchaus Interesse an einem Kompromiss mit den Westmächten gehabt, diese hätten die Chancen hierzu jedoch nicht genutzt. Die Sowjetisierung der SBZ sei daher die einzige logische Konsequenz gewesen. Die Errichtung eines demilitarisierten, neutralen Deutschland war nach Naimark mit den vorrangigen Zielen – darunter v. a. die wirtschaftliche Ausbeutung – nicht in Einklang zu bringen.³⁰

Jochen Laufer sieht die Zerstückelung Deutschlands in Einzelstaaten bereits während des Zweiten Weltkrieges als Grundkonstante der Stalinschen Deutschlandpolitik, wie sie auch im frühen Kalten Krieg weiter verfolgt worden sei. Die Ablehnung der Stalin-Note durch die Westmächte ermöglichte dem Kreml, so Laufer, „unter der Flagge der Einheit“ die DDR zu festigen,³¹ zum anderen sollten die „Friedensvertragsinitiativen“ die „fehlende Bereitschaft des Westens“ bloßstellen.³²

²⁴ Bischof, Karl Gruber und die Anfänge des „Neuen Kurses“ in der österreichischen Außenpolitik 1952/53, S. 147–149 und in Kapitel 2 zitierten Werke Bischofs.

²⁵ Wettig, Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 auf der Basis diplomatischer Akten.

²⁶ Mastny, *The Cold War and Soviet Insecurity*; ders., Die NATO im sowjetischen Denken und Handeln, S. 415f.

²⁷ Bjørnstad, *Soviet German Policy and the Stalin Note of 10 March 1952*.

²⁸ Filitov, *Sovetskij Sojuz i germanskij vopros*; ders., *Stalinskaja diplomatija i germanskij vopros*.

²⁹ Filitov, *SSSR i germanskij vopros*, S. 231f.

³⁰ Naimark, *Die Russen in Deutschland*, S. 583f.

³¹ Laufer, *Stalins Friedensziele*, S. 156. V. a. ist jedoch hierfür die monumentale Aktenedition Kynin/Laufer (Hrsg.), *SSSR i germanskij vopros* von Bedeutung.

³² Laufer, *Der Friedensvertrag mit Deutschland als Problem der sowjetischen Außenpolitik*, S. 117.

Eine völlig konträre Position vertritt nach wie vor Wilfried Loth. Nach seiner Einschätzung wollte Stalin 1952 tatsächlich eine Neutralisierung Deutschlands erreichen und dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, über sein Schicksal auf der Basis freier Wahlen selbst zu entscheiden.³³ Rolf Steininger sieht das tendenziell ähnlich und kritisiert vor allem die Position Adenauers und der Westmächte, die es verabsäumt hätten, auf Stalins vermeintliches Angebot einzugehen, um ihn damit zu zwingen, seine Karten auf den Tisch zu legen. So sei eine historische Chance zur Vereinigung Deutschlands verspielt worden. Steininger schließt jedoch nicht aus, dass die Stalin-Note doch lediglich eine Finte war, unterstreicht jedoch die Notwendigkeit eines schlüssigen Beweises aus russischen Archiven. Es sei jedoch verabsäumt worden, so Steininger, die Position des Kremls „auszuloten“.³⁴ Für den US-amerikanischen Historiker John L. Gaddis, einen der namhaftesten Experten für die Geschichte des Kalten Krieges, scheint es erwiesen, dass Stalin bereit gewesen wäre, die DDR zu opfern, wenn er damit die Einbeziehung Westdeutschlands in die NATO verhindern hätte können. Um dieses Ziel zu erreichen, habe Stalin, so Gaddis, im März 1952 unter der Bedingung der Neutralität Deutschland die Wiedervereinigung angeboten.³⁵ Ähnlich argumentierte unlängst der in Irland lehrende Historiker Geoffrey Roberts. In erster Linie auf die Sicherheit der UdSSR bedacht, habe Stalin nach einem Ausweg gesucht, „sogar zu dem Preis, das kommunistisch kontrollierte Ostdeutschland zu opfern“.³⁶

Neue Impulse in der Diskussion über die sowjetische Deutschlandpolitik 1952 setzten zuletzt Bernd Bonwetsch und Sergej Kudrjašov. Sie entnahmen den kürzlich aufgefundenen, bisher fehlenden Protokoll-Teilen der Unterredungen der SED-Führer mit Stalin im April 1952, dass von Eigenmächtigkeiten der SED in der Frage des Aufbaus des Sozialismus in der DDR keine Rede sein kann. Der Deutschlandpolitik des Kremls allerdings konstatierten sie „fehlende Klarheit in Moskau selbst“, was wiederum der SED-Führung „gewisse Spielräume“ eröffnete.³⁷

Zum Wert der Quellen

Auf den Wert des Molotov-Bestandes wurde bereits im Vorwort verwiesen. Da sich Stalin nur die essentiellsten Informationen³⁸ in schriftlicher Ausfertigung vorlegen ließ und meistens mündlich unterrichtet wurde bzw. mündliche Anweisungen erteilte, ist der materialreiche Molotov-Bestand von größter Bedeutung für die Klärung der Entscheidungsbildung an der sowjetischen Herrschaftsspitze. Er umfasst folgende Quellengattungen: erstens Dokumente, die zur Veröffentlichung bestimmt waren; zweitens Anweisungen an Personen,

³³ Loth, *Stalins ungeliebtes Kind*; ders., *Die Entstehung der „Stalin-Note“*; und zuletzt ders., *Die Sowjetunion und die deutsche Frage*, S. 157.

³⁴ Steininger, *Deutsche Geschichte*, Bd. 2, S. 196.

³⁵ Gaddis geht sogar so weit und behauptet: „It is clear now that Stalin never wanted a separate East German state“. Gaddis, *We now know. Rethinking Cold War History*, S. 127; und zuletzt Gaddis, *Der Kalte Krieg*, S. 134.

³⁶ Roberts, *Stalin's Wars. From World War to Cold War*, S. 347.

³⁷ Bonwetsch/Kudrjašov, *Stalin und die II. Parteikonferenz der SED*, S. 186.

³⁸ Zubok hält fest, dass es zweifelhaft ist, dass Stalin u. a. alle Geheimdienstinformationen selbst las. Zubok, *Soviet Intelligence and the Cold War*, S. 455. Selbst die für Stalin zusammengefassten Berichte wurden ihm oftmals nur mündlich durch seinen persönlichen Sekretär, Poskrebyšev, vorgetragen. Für diesen Hinweis möchte ich mich bei Ol'ga Pavlenko bedanken.

Parteien etc., und drittens um inneren Briefverkehr und Notizen für den inneren Gebrauch.

Zur ersten Quellengattung gilt festzuhalten, dass diese zwar einen großen Teil des Aktenmassivs ausmacht, aber den geringsten Informationsgehalt bietet. Aus diesen Dokumenten können keinerlei Rückschlüsse auf die Entscheidungsbildung der sowjetischen Politik gezogen werden, da sie zum Zwecke der Veröffentlichung verfasst wurden. Aussagekraft bieten solche Quellen nur dann, wenn sich auf ihnen handschriftliche Notizen befinden, deren Deutung freilich meist schwierige Interpretationsprobleme aufwirft.

Bezüglich der zweiten Quellengattung muss unterstrichen werden, dass sie ebenso allenfalls mittelbare Rückschlüsse auf die sowjetische Politik zulässt, da nur in den wenigsten Fällen, etwa in Begleitschreiben, die Ziele der empfohlenen bzw. befohlenen Strategie in den Dokumenten zu Papier gebracht wurden. Ob es sich bei der zu verfolgenden Taktik um die wahren Ziele und Absichten drehte oder um Scheinmanöver, welche Strategie der vorgegebenen Taktik zugrunde liegt, lässt sich aus dieser Art von Quellen kaum eruieren.

Die wertvollste Quellengattung stellt daher die letztgenannte dar. Innerer Briefverkehr, Notizen und Berichte für den inneren Gebrauch erlauben es am ehesten, Rückschlüsse auf die Ziele der sowjetischen Außenpolitik zu ziehen. Doch auch hier gilt es, nicht außer Acht zu lassen, wer wem was und warum mitteilte. Berichte des sowjetischen Außenministeriums, ja selbst des Außenministers, reflektieren noch lange nicht die Haltung Stalins. Hier ist es mangels entsprechender Hinweise oftmals besonders schwierig, ob Berichte im Auftrag Stalins, nach seiner persönlichen Billigung oder schlicht als Vorschläge für ihn verfasst wurden.

Zur Rolle Molotovs

In der jüngeren Forschung bereits geäußerte Einschätzungen³⁹ zur Rolle Molotovs nach seiner offiziellen „Absetzung“ als sowjetischer Außenminister 1949 durch Stalin werden durch die vorliegende Studie vollauf bestätigt. Molotov spielte in den letzten Lebensjahren Stalins eine weitaus bedeutendere Rolle im Kreml als lange angenommen. Als Stalin am 4. März 1949 seinen engsten Wegbegleiter und Freund des Amtes des Außenministers entthob, war die Weltöffentlichkeit überrascht und sah in der Neubesetzung des Außenministeriums durch den Chefankläger der stalinistischen Schauprozesse der 30er Jahre, Andrej Vyšinskij, sogar eine mögliche Kursänderung in der sowjetischen Außenpolitik.

Doch war Stalin tatsächlich nicht mit dem von Molotov verfolgten Kurs in der sowjetischen Außenpolitik zufrieden gewesen oder wollte er Molotov nur „bestrafen“? Er gab ihm eine zweite Chance. Molotov wurde am 12. März 1949 „Überwacher“ der von Vagan Grigor'jan geleiteten Außenpolitischen Kommission des ZK der VKP(b), dem das sowjetische Außenministerium nunmehr alle zu entscheidenden Fragen vorzulegen hatte. Molotov nahm die Chance wahr, und das obwohl ihn Stalin auf perfideste Art und Weise gedemütigt hatte. Zeitgleich mit der Abberufung vom Posten des sowjetischen Außenministers hatte Stalin Molotovs Frau, Polina Žemčužina, verhaften und aus der Partei ausschließen

³⁹ Egorova, *Evropejskaja bezopasnost' i „ugroza“ NATO*; Filitov, *Sovetskij Sojuz i germanskij vopros*, S. 342f.; Creuzberger/Görtemaker, *Das Problem der Gleichschaltung osteuropäischer Parteien im Vergleich*, S. 434; Loth, *Die Entstehung der „Stalin-Note“*, S. 22; und zuletzt Bonwetsch/Kudrjašov, *Stalin und die II. Parteikonferenz der SED*, S. 182.

lassen. Nur ein Monat später erfolgte der nächste Paukenschlag. Am 9. April 1949 beschloss der Ministerrat der UdSSR und das ZK der VKP(b), alle Fragen des Außenministeriums direkt dem Politbüro vorzulegen, folglich nicht Molotov oder der Außenpolitischen Kommission.⁴⁰ Molotov war formell erneut entmachtet worden. Doch Molotov rehabilitierte sich in Stalins Augen und spätestens ab Herbst 1949,⁴¹ insbesondere aber in dem für diese Studie relevanten Zeitraum 1951/52, erhielt Molotov direkt alle wichtigen Dokumente⁴² von Vyšinskij und dem aufstrebenden Andrej Gromyko zur Prüfung. Molotov „nutzte“ seine Chance und stellte seine Treue gegenüber Stalin unter Beweis.⁴³ Seine Frau harnte indes in kasachischer Verbannung.

Wilfried Loth konstatierte bereits 2002 auf der Basis von Dokumenten aus dem sowjetischen Außenministerium, dass Vyšinskij bei der Vorbereitung der Stalin-Note vom 10. März in engster Tuchfühlung mit Molotov agierte und dessen Anweisungen auszuführen hatte.⁴⁴ Aleksej Filitov tendierte zuletzt sogar dazu, Molotov einen eigenen Einfluss zuzuschreiben, die „Stalin-Note“ deshalb „Molotov-Note“ zu nennen.⁴⁵ Die kontroverse Diskussion der von Wilfried Loth 2002 publizierten Akten zur Geschichte der Stalinnote aus dem Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation führte zu dem Schluss, „dass auch die bislang zugänglichen sowjetischen Akten keineswegs endgültige und unumstrittene Antworten“⁴⁶ auf die „Gretchenfrage“,⁴⁷ was Stalin denn nun wirklich beabsichtigte, geben konnten. Dabei zeigte sich, dass Historiker leicht zu Opfern der selektiven Quellenauswahl wurden. Die die Auffassung bestätigenden Quellen, dass die Stalin-Note nicht ernst gemeint war, wurden damals vom Archiv des Außenministeriums der Russischen Föderation nicht freigegeben. Hierbei handelt es sich beispielsweise, so viel sei vorweggenommen, um die Memoranden und Berichte vom Februar 1951, die gleichsam die Geburtsstunde der Stalin-Note markierten. Diese und viele weitere, hier analysierten und erstmals abgedruckten Dokumente zeigen, dass es doch deutliche Beweise aus Moskauer Archiven gibt, die, im Kontext analysiert, endgültig klarstellen, dass das „Neutralisierungsangebot“ Stalins nicht ernst gemeint war und anderen Zwecken diene.

* * *

Der vorliegende Band gliedert sich in drei Kapitel. Das erste Kapitel behandelt die Vor- und Entstehungsgeschichte der Stalin-Note vom 10. März 1952, die über ein Jahr zuvor, im Februar 1951, einsetzte. Das zweite Kapitel widmet sich der sowjetischen Österreich-Politik.

⁴⁰ Adibekov, Das Kominform und Stalins Neuordnung Europas, S. 49–52.

⁴¹ Zur Rolle Molotovs bei den österreichischen Staatsvertragsverhandlungen ab 1949 siehe Rugenthaler, Warum Österreich nicht sowjetisiert wurde, S. 674–705.

⁴² Dies betraf nicht nur Fragen der sowjetischen Deutschland-Politik. Siehe hierzu v. a. die das gesamte Weltgeschehen betreffenden Geheimdienstberichte; RGASPI, f. 82, op. 2, d. 1041, 1042 und 1043.

⁴³ Gromyko wird zuweilen die Federführung bei der Entstehung der „Stalin-Note“ zugeschrieben. Filitov hält jedoch fest, wenn dem so gewesen wäre, könnte die Abberufung Gromykos vom Posten des stellvertretenden Außenministers durch Stalin im Juni 1952 ein Indiz für die Unzufriedenheit Stalins über das Ergebnis des „Notenkriegs“ sein. Oder war es Stalins Absicht, ein solches Bild zu vermitteln? Siehe dazu die äußerst quellenkritische Analyse Aleksej Filitovs in Filitov, Sovetskij Sojuz i germanskij vopros, S. 319.

⁴⁴ Loth, Die Entstehung der „Stalin-Note“, S. 22.

⁴⁵ Filitov, Die Note vom 10. März 1952, S. 171.

⁴⁶ Zarusky, Einführung, S. 14.

⁴⁷ Ebd.

Hierbei zeigt sich eindeutig, dass es 1951/52 nicht um Österreich selbst ging, sondern die Österreichfrage ein Bestandteil der sowjetischen Deutschland-Politik war. Ähnliches gilt, wie seit langem bekannt, für die Österreich-Politik der Westmächte. Österreich war ein Testfeld der Großmachtpolitik, um die Absichten der anderen Seite in der deutschen Frage auszuloten. Das dritte und letzte Kapitel thematisiert die sowjetische Deutschland-Politik nach dem 10. März 1952 bis zum Ende der „Notenschlacht“ in der deutschen Frage im Herbst 1952.

Jedes Kapitel wird mit einem analytischen Teil unter Berücksichtigung des aktuellen Standes der Forschung eingeleitet. Darauf folgen die Quellen in chronologischer Reihenfolge. Zur leichteren Orientierung für den Leser werden die ersten drei (von vier) Stalinnoten und der „Kurzvertrag“ erneut abgedruckt.

* * *

Die Schreibweise der russischen Namen und Begriffe wird gemäß den wissenschaftlichen Transliterationsregeln wiedergegeben. Kursiv gekennzeichnete Textstellen signalisieren, dass es sich im Original hierbei um handschriftliche Notizen handelt. Unterstrichene Textstellen in der Originalquelle wurden ohne zusätzlichen Vermerk in der Übersetzung unterstrichen. Wurden Unterstreichungen im Original handschriftlich vorgenommen, werden diese mit einem Verweis in einer Fußnote erläutert.